

**Stellungnahme der Europa-Union NRW e.V.
zur Anhörung des Ausschusses für Europa und Internationales
zum Antrag „Europawahlbeteiligung und Europafähigkeit der Kommunen in NRW stärken“**

1. Zur Beteiligung bei den Europawahlen

Die Wahlbeteiligung bei den Europawahlen 2019 in Nordrhein-Westfalen betrug 61,4 Prozent. Dies war der zweite Anstieg in Folge nach 2014 und insgesamt die dritthöchste Wahlbeteiligung bei Europawahlen in NRW nach 1979 (67,4%) und 1989 (62,3%).

Zum Vergleich betrug die Beteiligung bei der Landtagswahl 2022 55,5%, bei der Bundestagswahl 2021 76,4% und bei den Kommunalwahlen 2020 51,9%. Dies ist ein gutes Ergebnis für die Europawahlen in Nordrhein-Westfalen, aber keine Selbstverständlichkeit. Es erfordert ein Zusammenwirken aller Beteiligten, um die Bürgerinnen und Bürger zu motivieren, von ihrem Stimmrecht Gebrauch zu machen.

Wesentlich für die Beteiligung an den Wahlen ist das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger darin, dass ihre Stimme einen inhaltlichen Einfluss auf die Entscheidungen des Europaparlaments und der Europäischen Union im Allgemeinen hat. Die erfreuliche Steigerung der Wahlbeteiligung im Jahr 2019 ist unserer Auffassung nach unter anderem der Tatsache geschuldet, dass bei der Wahl auch durch die Anwendung des Spitzenkandidatenprinzips eine europäische Personalisierung stattfinden konnte.

Wir haben 2014 und 2019 das Prinzip der Spitzenkandidaturen auch im Vorfeld der jeweiligen Europawahl, u.a. in den Medien, eingefordert. Viele damals durch uns angesprochene Menschen fanden die Idee hervorragend, die Parteienfamilien besser zu erkennen und durch die Identifizierung der Spitzenkandidaten, auch im Hinblick auf die nächste Leitung der europäischen Kommission, eine bessere Zuordnung zu haben. Da keine Direktmandate und Wahlkreise und deren Bewerbungen bei der Europawahl möglich sind, hatten die Menschen so die Möglichkeit gehabt, Personen und Programme derer Parteien besser einordnen zu können.

Wir wissen alle, dass, trotz medialen Auftritten der Spitzenkandidaten und Bürgerbefragungen, nach der Wahl durch die europäischen Staats- und Regierungschefs eine andere Person vorgeschlagen wurde. Dies hat besonders bei engagierten und interessierten Menschen zu einem Vertrauensschaden geführt.

Zentral für alle Maßnahmen zur Stärkung der Bindung und Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger ist die Betrachtung, dass diese einen Zusammenhang zwischen ihrer Wahlentscheidung und den nach der Wahl getroffenen politischen Entscheidungen zu erkennen vermögen. Es muss Ihnen das Vertrauen und Gefühl vermittelt werden, dass europäische Politik mit Ihnen beginnt und nicht in einem abgehobenen „Brüsseler Raumschiff“ stattfindet.

Wesentliche Verantwortung liegt hierbei natürlich in erster Linie auf den (europäischen) Parteien, welche im Wahlkampf ihre Ideen für Europa darstellen müssen. Wichtig ist hierbei, dass europäische Themen im Vordergrund stehen und die Wahl nicht zu einer Nebenabstimmung beispielsweise über die Politik der Bundesregierung gemacht wird. – Die Sichtbarkeit von europäischen Themen und Positionen im öffentlichen Raum muss erhöht werden.

Das Land und alle weiteren Akteure sollten dies bei ihren Bemühungen zur Stärkung der Wahlbeteiligung berücksichtigen: Die Menschen müssen in die Lage versetzt werden, ihre persönlichen Meinungen mit den Programmen der Parteien und den Positionen und Gegenpositionen zu vergleichen.

Weiterhin ist es wichtig, den Menschen zu zeigen, wie sich die Entscheidungen der EU konkret auf ihr Leben in Nordrhein-Westfalen (und in ihrem persönlichen Umfeld) auswirken. Hierbei sind unserer Erfahrung nach insbesondere plastische Themen (Roaming, gemeinsames Ladegerät), aber auch Beispiele vor Ort („Was tut die EU in meiner Stadt?“) hilfreiche Einstiegspunkte.

Neben dieser ‚Output‘-Dimension ist es aber auch wichtig, die Funktion der EU und die Rolle des Europäischen Parlaments bei der Entscheidungsfindung zu erläutern. Hier muss insbesondere bei der politischen Bildung angesetzt werden. Viele Menschen haben nur geringe Kenntnisse vom politischen System der EU (und politischer Entscheidungsfindung im Allgemeinen) und eine Stärkung dieses Wissens ist nicht nur europapolitisch, sondern auch demokratiepolitisch geboten.

Bei dieser Gesprächs- und Informationsarbeit spielen auch die Zivilgesellschaft und die Medien eine wesentliche Rolle. Das Land sollte seine Möglichkeiten nutzen, Akteuren aus diesem Bereich gute Rahmenbedingungen für ihr Engagement und ihre Arbeit zur Verfügung zu stellen. Wir als überparteilicher Verband werden beispielsweise im Rahmen unserer transnationalen Kampagne unter dem Titel *EurHope* im Verein mit zahlreichen weiteren Akteuren für die Beschäftigung mit und Teilnahme an der Europawahl 2024 werben.

Eine wesentliche Zielgruppe unserer eigenen Arbeit, gemeinsam mit unserem Jugendverband JEF, sind hierbei junge Menschen. Durch die Absenkung des Wahlalters auf 16 Jahre haben wir bei den Europawahlen 2024 eine einmalig große Gruppe an Erstwählerinnen und Erstwählern. Für viele von Ihnen wird es die erste Wahl überhaupt sein. Diesen jungen Menschen die Werkzeuge an die Hand zu geben, eine bewusste Entscheidung zu treffen, muss ein Schwerpunkt jeden Konzepts zur Europawahl sein und auch die Schulen als wesentlichen Akteur mit einbinden.

Langfristig muss zur Sicherung des Vertrauens der Bürgerinnen und Bürger das institutionelle Gefüge der EU noch demokratischer gemacht werden. Hier ist vor allem eine Stärkung des Europäischen Parlamentes von Bedeutung (beispielsweise durch die Verleihung eines Initiativrechts), aber auch die Weiterentwicklung der Europawahlen zu echten, europäischen Wahlen (beispielsweise durch einen Europäischen Wahlkreis).

Auch ist es wichtig, die Menschen auf verschiedenen Wegen direkt an der Politik zu beteiligen. Wir verweisen hierzu auch besonders auf die von Bürgerinnen und Bürgern in der Konferenz zur Zukunft Europas gefassten Vorschläge. Das Land sollte sich im Rahmen seiner Möglichkeiten für deren Umsetzung stark machen. Für das Vertrauen in den politischen Prozess ist es von besonderer Wichtigkeit, dass die abgefragten Vorschläge auch umgesetzt werden (nicht wie beispielsweise bei der Befragung zur Sommerzeit).

2. Zur Stärkung der Europafähigkeit der Kommunen in NRW

Zur Stärkung der Europafähigkeit der Kommunen möchten wir darauf hinweisen, dass es wichtig ist, dass die Förderung nicht im Rahmen eines ‚Überbietungswettkampfes‘ der gut ausgestatteten gegen die schwächeren (und weniger gut informierten) Kommunen enden soll. Wir unterstützen entsprechend die Forderung nach größerer und breiterer Vermittlung von Europa-Kompetenz auf der kommunalen Ebene. Ein Europa-Büro in der Verwaltung hat sich häufig als gute Methode erwiesen, Kompetenzen zu bündeln und als Ansprechstelle für lokale Menschen und Unternehmen zu fungieren.

Gleichzeitig ist es von besonderer Bedeutung zu betonen, dass Geld und Förderprogramme nicht der ‚Kern‘ der Europafähigkeit einer Kommune sind. Vielmehr ist es über die Verwaltung hinausgehend die städtische Zivilgesellschaft, die die Europafähigkeit vor Ort maßgeblich bestimmt. Der persönliche Austausch mit Menschen anderer Kulturen und Eigenarten fördert (wenn früh eingeleitet) ein Leben lang das Interesse und die Bindung in andere Länder Europas und hat sich in der Vergangenheit stets als wichtiger Katalysator für europäische Bindungen erwiesen.

Wir begrüßen daher die Bemühungen um die Stärkung und den Ausbau von Städtepartnerschaftsnetzwerken auf der kommunalen Ebene. Eine Unterstützung des Landes ist hier sicherlich ebenso willkommen, wie der direkte Aufbau von regionalen Partnerschaften auf Landesebene. Die Partnerschaft kann hierbei, wie in der Praxis bewiesen, vielfältige Formen annehmen: Klassische Partnerschaftsvereine und Städtepartnerschaften, Schüleraustausche, sportliche Partnerschaften, aber auch beispielsweise der Austausch auf der Ebene der Feuerwehren oder anderer Interessensgemeinschaften.

Zur Europa-Union NRW & JEF NRW

Die Europa-Union Deutschland (EUD) ist die größte Bürgerinitiative für Europa in Deutschland. Unabhängig von Parteizugehörigkeit, Alter und Beruf engagieren wir uns für die europäische Einigung. Wir sind aktiv auf lokaler, regionaler, nationaler und europäischer Ebene. Unser Ziel ist die Errichtung eines starken, einigen europäischen Bundesstaates. Diese Forderung wurde bereits im Hertensteiner Programm von 1946 hinterlegt und im Düsseldorfer Programm von 2012 bekräftigt.

Mehr als 16.000 Mitglieder sind in 16 Landesverbänden mit rund 350 Kreis-, Orts- und Stadtverbänden vernetzt und haben Partnerorganisationen in über 30 Ländern Europas. Davon sind über 2.100 Mitglieder in NRW in 28 Kreis- und Stadtverbände organisiert. Die Europa-Union ist der deutsche Zweig der Union Europäischer Föderalisten (UEF) und gemeinsam mit ihrem Jugendverband Junge Europäische Föderalisten (JEF) Mitglied im Netzwerk Europäische Bewegung Deutschland (EBD).

Die JEF NRW sind der Jugendverband der Europa-Union für alle Mitglieder zwischen 14 und 35 Jahren. Aktuell zählt der Verband knapp 600 Mitglieder. Die JEF ist dezidiert überparteilich und versucht, proeuropäische Kräfte aus ganz verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen zu gewinnen, die gemeinsam Visionen für das Europa der Zukunft diskutieren und miteinander aushandeln können. Die JEF NRW gehört zum Bundesverband JEF Deutschland und dem Europa-Verband JEF Europe. JEF Europe hat aktuell über 30.000 Mitglieder in 33 Ländern.